



7. 1914. 13.

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementpreis** mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Beleglohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
**Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

**Inserate** werden die 6spaltigen Petitzeile mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 99.

Dresden, Sonnabend den 2. Mai 1914.

25. Jahrg.

## Die Niederlage der Halbheit — der Sieg des Sozialismus.

Von unserem Korrespondenten.  
Chr. Paris, 30. April.

40 Sitze und rund 300 000 Stimmen Zuwachs im ersten Wahlgange — so lautet die freudige Siegesnachricht. Fast ohne Geldmittel, von allen reaktionären Geldmächten bekämpft, verlor die sozialistische Partei keinen einzigen Sitz und eroberte fünf neue Sitze. 1910 behauptete sie im ersten Wahlgange 29 Sitze, jetzt 40! In 56 Wahlkreisen hat sie gute Hoffnung, in der Stichwahl den Sieg davonzutragen. In zahlreichen Wahlkreisen bildet die Partei das Junglein an der Wage und entscheidet den Kampf zwischen der bürgerlichen Demokratie und der Reaktion.

Im Seine-Departement gewann die Partei 55 000 Stimmen. Ihre Wähler bilden dort 34 Prozent der Gesamt-Wählermasse. Die sozialistische Partei allein hat keine Verluste zu verzeichnen. Denn der Durchfall des Antiklerikalen Myrens, dem der Marxismus bloß als Deckmantel zur Stimmensfängerlei bei der Reaktion galt, war der Partei-organisation erwünscht. Einige Tage vor den Wahlen schüttelte sie offiziell diesen sonderbaren Herrn von sich ab und trieb ihn aus der Kandidatenliste. Myrens fiel als Opfer seines Strebertums. Die Partei weint ihm keine Träne nach.

Unser Führer legte in glänzender Weise. Jules Guesde wurde mit mehr als 13 000 Stimmen gewählt. Jaures, der schon oft in Stichwahl gelangte, erhielt diesmal eine Mehrheit von etwa 2000 Stimmen, und siegte im ersten Wahlgang. Paillassant hat, trotz Auswanderungen der Arbeiter, einen Zuwachs von mehr als 1000 Stimmen zu verzeichnen. Dagegen verloren die Renegaten überall Boden. Millerand verlor Tausende von Stimmen und konnte nur mit der direkten Hilfe der offenen Reaktion gewählt werden. Auch Briand sah seine Stimmengahl um rund 2000 sinken. Wilson, sein Bufenfreund, kommt in Stichwahl, während sein Gegner, ein ganz unbekannter Genosse, mehr Stimmen erhielt als der Ueberläufer.

Die Gruppe der Stänker und Querläufer um Allemane und Chouvin, die mit Hilfe der gegenwärtigen Gelder eine sogenannte „Arbeiterpartei“ bildete, fiel schändlich durch. Im ganzen Lande bekam sie ein paar tausend Stimmen, während die sozialistische Partei rund anderthalb Millionen Stimmen zählt. Diese letztere Erscheinung ist neu und wichtig, da bis jetzt die Renegaten und Abtrünnigen Glück hatten und ihrer Partei stollos in den Rücken fallen durften. Die Macht und Anziehungskraft der Organisation wächst, was bei den bekannten französischen Verhältnissen von großem Segen ist.

Wie sieht es nun mit den bürgerlichen Parteien? Wie vorauszusehen war, hat der herrschenden Partei — den Radikalen — ihre Halbheit nichts genutzt. Sie haben bisher bloß Verluste zu verzeichnen. Einige ihrer Führer fielen durch. Die anderen können sich bloß mit Unterstützung der Sozialisten behaupten. Die Radikalen begingen Fehler über Fehler. Statt offen und klar Forderungen zu bekennen, versteckten sie sich hinter Zweideutigkeiten. Statt die dreijährige Dienstzeit energisch als politisches Manöver der Reaktion zu brandmarken, erklärten sie das Gesetz als einseitigen unantastbar, als eine provisorische Notwendigkeit. Sie glaubten, damit Flug zu handeln. Und sie fielen wie Narren hinein. Die große Presse terrorisierte die öffentliche Meinung durch den Schreden eines plötzlichen Ueberfalls seitens Deutschlands. Es galt, den Stier bei den Hörnern zu fassen und die nationalitäre Lüge energisch aufzudecken. Das wagten die Radikalen nicht. Und sie bezahlten ihre Halbheit mit einer Niederlage, die durch den sozialistischen Sieg und sozialistische Unterstützung etwas abgemildert sein wird. Dank der zweideutigen und wankelmütigen Haltung der Radikalen ist es unmöglich, ein vollständiges Bild von der zukünftigen Kammer zu gewinnen. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden wir rund 90 Sozialisten in die neue Kammer bekommen. Die Reaktion wird gestärkt und der Radikalismus bedeutend geschwächt zurückkehren.

Bis jetzt für 602 Sitze, die die neue Kammer zählen wird, 340 Deputierte gewählt; 11 Resultate aus den Kolonien sind noch unbekannt. 251 Stichwahlen finden statt! So viel Stichwahlen hatte man bis jetzt noch nicht. 1906 war die Zahl derselben 156, 1910 stieg sie auf 229. Die Wahlmasse war ebenfalls unentschieden wie die Kandidaten. Die nationalitäre, kapitalistische Presse stellte eine Rechnung auf, nach der die große Mehrheit sich für die drei Jahre und gegen die Erklärung des Einkommens zu Steuerzwecken ausgesprochen haben sollte. Die Rechnung ist einseitig, da die Mehrheit weder den Mut zum Ja-sagen, noch zu einem entschiedenen Nein hatte. Sie wird sich den Verhältnissen fügen. Die Radikalen werden möglicherweise in der Kammer etwas mutiger auftreten als vor den Wählern. Die erstarkte Macht des Sozialismus wird sie schon zu entschiedenem Stellungnahme zwingen.

Die Bedeutung unserer Partei wächst mit der Charakterisierung des Radikalismus. Die bevorstehenden Kämpfe und Siege werden schon dafür sorgen, in die erlahmten

Mitglieder der radikalen Partei etwas mehr Kraft zu bringen. Jedenfalls wird die sozialistische Partei ihren Mann stellen und ihre historische Aufgabe nach Kräften erfüllen. Als Beweis des Erythes der gegenwärtigen Lage kann der Umstand dienen, daß sogar die Anarchisten und Antiparlamentarier nicht wagten, offen gegen die Partei und für die Stimmenthaltung aufzutreten. Im Gegenteil, zahlreiche Antiparlamentarier schämten sich nicht, ihre proletarische Pflicht zu tun und gegen die militärische Reaktion zu stimmen.

Die Art, wie der Wahlkampf geführt wurde, gereicht unserer französischen Bruderpartei zur Ehre. In zahlreichen Volksversammlungen traten unsere Kandidaten mutig für eine Annäherung an Deutschland auf, den Rüstungswahn zum bekämpfend. Es war eine Lust, diese Kühne und offene Sprache in der Hauptstadt des Nationalismus — in Paris — zu hören. Die Volksmasse jubelte den mutigen Worten zu. So bereite die französische Sozialdemokratie die Friedensdemonstrationen des 1. Mai vor.

In Frankreich, wie überall, schreitet der Sozialismus mächtig vorwärts!

### Der Stichwahlkampf.

Paris, 1. Mai. In Frankreich ist es geleglich möglich, daß bei den Stichwahlen ein Kandidat auftritt, der sich an dem ersten Wahlgang nicht beteiligt hat. Heute läßt nun die sozialistische Arbeiterpartei verländen, daß sie die Kandidatur Allemanes zurückziehen würde, wenn sich alle radikalen und sozialistischen Stimmen auf eine Kandidatur Anatole Frances einigten würden, der dann allein Herrn Paté gegenüberstehen würde. Sollte der siebzehnjährige Anatole France ablehnen, so schlägt die Arbeiterpartei als gemeinsamen Kandidaten Ferdinand Buisson vor, der in einem anderen Pariser Wahlkreis unterlegen ist und seine Kandidatur zurückgezogen hat. Findet keine Einigung an einem dieser beiden Namen statt, so hält die Arbeiterpartei die Kandidatur Allemanes aufrecht.

Marseille, 30. April. Im Verlaufe einer Wählerversammlung kam es hier gestern zu einem Aufstande, bei dem die Anhänger der beiden Kandidaten, die in der Stichwahl kommen, es wurden Revolvereinfälle abgegeben und eine Person schwer verletzt.

### Die Reichsräte gegen die Arbeitslosen.

Der bayerische Reichsrat hat am Donnerstag die Arbeitslosenversicherung abgelehnt. In der Arbeitslosenversicherung versuchte eine Anzahl Redner sehr ernsthaft und eindringlich, die widerstrebenden Mitglieder zu überzeugen, daß ihre Bedenken gegen den von der Regierung geordneten Staatszuschuß von 75 000 M. für gemeinbändige Arbeitslosenversicherung hinjünglich seien. Vor allem war es Graf Lörring, der Schwager des Kronprinzen, der in einschüchternden Darlegungen seiner Verwunderung Ausdruck verlieh, daß die Vorlage im Ausschuß abgelehnt worden sei, obwohl sich der Reichsrat bereits vor zwei Jahren gemäß einem Beschlusse der Abgeordnetenkammer für einen Staatszuschuß zu gemeinbändiger Arbeitslosenversicherung gebunden hatte. Seitdem wären die Gründe für eine Arbeitslosenversicherung durch den Einbruch der schweren Krisis noch verstärkt worden. Der Redner hält die Gewerkschaften für eine sehr notwendige und nützliche Einrichtung, die wir nicht entbehren könnten. In diesem Falle sähe aber der Regierungsbudget nicht einmal die Mitwirkung der Gewerkschaften vor; sie nehme ihnen vielmehr im Gegenteil die bisher auf diesem Gebiete führende Rolle. Er empfiehlt schließlich einen Kompromißantrag. Die 75 000 M. sollen für Zwecke einer geregelten gemeinbändiger Arbeitslosenfürsorge verwendet werden. Damit ist das verhasste Wort Versicherung zwar vermieden, und der Regierung freie Hand gelassen, in welcher Weise sie die 75 000 Mark verwenden will.

Als Vertreter der katholischen und der protestantischen Kirche schloßerten Bischof Daud-Vandenberg und der Oberkonsistorialpräsident Bessel aus ihrer Seelsorgeerfahrung die kühnen Verheerungen, die die Arbeitslosigkeit erzeuge und beschworen im Namen des Christentums die hohen Herzen, die Vorlage anzunehmen. Dagegen erwiderte Fürst Löwenstein-Berthelm-Freudenberg, er wolle zur „mühsamen Probe“ zurückgehen, und die sei, daß die Regierung sich ansehe, einen auf dem Jenaer Parquettag beschlossenen Programmpunkt der Sozialdemokratie zur Durchführung zu bringen.

Für die Vorlage traten noch Professor v. Schanz und Fillel Löwenstein-Berthelm-Rosenberg ein. Dagegen nahm anschließend Graf Crailsheim, als Beauftragter und beauftragter Agent der Großindustrie, Stellung. Der gegenwärtige Ministerpräsident, Graf Hertling, versuchte mit dem Hinweis eine günstigere Stimmung zu erzeugen, daß es sich ja um keine Zwangsversicherung handle, sondern nur um eine freiwillige Versicherung, ohne Beitragsleistungen der Unternehmer.

Man war darauf gefaßt, daß die Vorlage im Reichsrat keine Mehrheit finden würde. Aber allgemeine Ueberzeugung herrschte, als die Abstimmung ergab, daß nur eine verschwindende Minderheit für die Regierungsvorlage abstimmte; selbst von den Ortigen Reichsräten kam nur ein paar für diese Vorlage der Rede. Der Ministerpräsident des Grafen Lörring wurde mit fast der gleichen Mehrheit abgelehnt. Ueberig blieb der abgemessene organisierte Be-

schluß des Ausschusses, die 75 000 M. für allgemeine Zwecke der Arbeitslosenfürsorge zu verwenden; gemeint ist der Ausbau der Arbeitsnachweise.

Der Beschluß des Reichsrats geht nun wieder an die Abgeordnetenkammer zurück und es wird vom Zentrum abhängen, ob sie bei der Regierungsvorlage beharren wird.

Die christlich-nationalen Arbeiterführer werfen der Sozialdemokratie vor, daß sie den Klassenkampf predige. Vielleicht sehen die Denkenden unter ihren Anhängern fest ein, daß die Sozialdemokratie mit ihrer Lehre kein Ziel propalagiert, sondern nur eine Tatsache feststellt. Der Klassenkampf herrscht, ob es die sozialdemokratischen und die christlichen Arbeiter wollen oder nicht. Und die glühendsten Feinde des Klassenkampfes reifen nicht im Stande des Niedriggeborenen, sondern am Stamme der Edlen und Erlauchten.

Nicht weil die bayerischen Reichsräte Katholiken und Zentrumshänger sind, sondern obgleich sie es sind, haben sie mit der Ablehnung der Regierungsvorlage die stärkste Tat arbeitserfeindlichen Klassenkampfes begangen.

Stärker als das einigende Band der Religion wie der Stammesgemeinschaft erweist sich in Bayern wie in ganz Deutschland und in der ganzen Welt der Gegensatz der Klassen. Überall wird der infame Beschluß der bayerischen Reichsräte helle Empörung wecken, er wird den unermüdlichen Kampf verschärfen und beschleunigen, den das Volk gegen das Verbrechen der Geborenen führt.

### Der Krieg gegen Huerta.

Washington, 1. Mai. Huerta nahm den Vorschlag an Einstellung der Feindseligkeiten zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko während der Vermittlung an. Alle Vermittlungsversuche aber scheitern für den Augenblick durch das Vorgehen des Generals Huerta. Medina Barron, des Militärattachés im Staatsdepartement, in Frage gestellt. Barron war es, der die Verhaftung des Doktors Edward D. Ryan, des Spezialagenten des Washingtoner Staatsdepartements, veranlaßte. In Ryans Taschen wurden offizielle Depeschen des Staatsdepartements gefunden, die er sich weigerte, den Leuten Huertas zu überlegen, worauf Barron Ryan als Spion zum Tode verurteilte. Staatssekretär Bryan sehr weiter alle Freiheit in Bewegung. Ryan aus der Gefangenschaft zu befreien. Der amerikanische Konsul Canaba in Veracruz wurde beauftragt, sofort durch den brasilianischen Vertreter in der Stadt Mexiko bei den Föderalen Vorstellungen zu erheben. Huerta wurde telegraphisch ersucht, Ryan sofort in Freiheit setzen zu lassen und ihm einen gerechten Prozeß zu bewilligen. Huerta hat versprochen, den Dr. Ryan in Freiheit zu setzen, wenn es sich herausstellt, daß er in Huertas Gefangen gehalten werde, wie der brasilianische und spanische Botschafter berichtet hätten.

### Der bevorstehende Sturzangriff auf Tampico.

Veracruz, 2. Mai. Der entscheidende Angriff der Rebellen auf Tampico wird jeden Augenblick erwartet. Die Rebellen haben 6000 Mann in der Nähe der Stadt konzentriert und haben den Sturm bereits durch eine Kanonade ihrer Artillerie eingeleitet. Die Ausländer sind in Sicherheit. Es wird gemeldet, daß Regierungstruppen und Konstitutionalisten gestern bei Tampico auf dem kubanischen Vorkampfer Anfall feierten und daß der Sturmmann getötet wurde. Der Kommandant eines griechischen Zerstörers vor Tampico hat bei den Kommandeuren beider Truppen Protest erhoben.

### Mecklenburg.

Mecklenburg ist, wie man weiß, an Rückständigkeit dem großen preussischen Bruder noch überlegen. Nachdem alle Versuche, im Lande selbst eine Verfassung zustande zu bringen, die auch nur bescheidenen Ansprüchen genügen würde, gescheitert sind, hat die Sozialdemokratie erneut ein Reichsgesetz verlangt, das wenigstens das allgemeine Wahlrecht für die dortige Volksvertretung einführen soll. Dieses Verlangen stellte sie in Form einer Interpellation an den Reichskanzler. Genosse Dr. Herzfeld, der am Donnerstag die Interpellation begründete, gab eine Schilderung von dem heutigen Zustand, den er durch die Feststellung kennzeichnete, daß es in Mecklenburg nur politische Rechte von Grund und Boden, nicht aber politische Rechte von Staatsbürgern gibt. Ein Reichsgesetz ist, das bewies unser Redner, der einzige Weg, und er zeigte auch, daß man in solchem Falle nicht im eufertesten von einem Antritt auf die federative Grundlage der Reichsverfassung sprechen könnte. Trotzdem erklärte Herr Dr. Delbrück, daß die Regierung nach wie vor nicht daran denkt, einen solchen Entwurf einzubringen, er fand einen kräftigen Helfer in dem mecklenburgischen Bundesratsbevollmächtigten. Die Redner der Nationalliberalen und der Fortschrittler bekamen sich zwar nicht zu der sozialdemokratischen Forderung in der Form, wie sie die Interpellation enthält, sie erklärten indessen immerhin, daß das Reichsgesetz notwendig sei. Daß Herr v. Graf für die Konföderativen gegen jedes Vorgehen des Reiches sprach, nimmt nicht weiter Wunder. Man kann aber allen Erfahrungen zum Trotz erkennen sein, daß Herr Dr. Spahn im Namen des Sentiments jede Initiative des Reichstags in einer solchen Frage ablehnte. Genosse Dr. Herzfeld erklärte, daß eine solche Haltung nichts weiter bedeute als die Preisgabe eines der wesentlichen Rechte des Reichstages. Die Vorlage über Postdampfersubventionen für den